

Abstract und Fazit FNE-Projekt

Projektverantwortliche / Projektverantwortlicher

Dr. Andreas Hengstermann

Institut

Geographisches Institut

Was bedeutet nachhaltige Raumentwicklung in der Ortsplanung?

Abstract

Lehrveranstaltungen des Geographiestudiums thematisieren das Feld der Nachhaltigkeit grundsätzlich schon. Allerdings überwiegend analytisch, deskriptiv, diskursiv – kurz: überwiegend theoretisch und abstrakt. Um die praktische Umsetzung von Nachhaltigkeit in einer Lehrveranstaltung zu integrieren, soll durch das vorliegende FNE-Projekt eine praxis- und ergebnisorientierte Forschungswerkstatt konzipiert werden.

Die Grundidee des Projekts ist folgende: Die Studierenden erhalten als Gruppe eine praxisnahe Aufgabe, welche die Möglichkeiten und Grenzen für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort demonstriert. Dazu sollen die Studierenden ein realistisches Baureglement für eine konkrete Gemeinde entwerfen. Hauptherausforderung wird es sein, die eidgenössischen und kantonalen Ziele für nachhaltige Raumentwicklung in konkrete Massnahmen zu transferieren. Die Aufgabe erfordert die Kombination von verschiedenen akademischen Disziplinen (Raumplanung, Geographie, Rechts-, Politikwissenschaften) mit örtlichen Problemstellungen (Raumanalyse, Problemdefinition, Ursachenermittlung, Interventionshypothese) und sozialen Herausforderungen (Gruppenarbeit, Zieldiskussion, Selbstorganisation, wissenschaftliches und juristisches Schreiben, Konfliktmanagement). Die recht banale Aufgabe, ein konkretes Baureglement zu schreiben um eine nachhaltige Raumentwicklung in der gewählten Gemeinde zu erwirken, mündet also in einer Vielzahl von Einzelaufgaben, die zu bewältigen und mit einem strukturierten Prozess zu einem sinnvollen Endergebnis zusammenzuführen sind – eben wie in der späteren beruflichen Praxis.

Fazit

Ein Verständnis des Rechts ist für die Geographinnen und Geographen essenziell. Nur wer die rechtlichen Rahmenbedingungen kennt und rechtliche Instrumente zu nutzen weiss, kann nachhaltige räumliche Lösungen erarbeiten. Dennoch sind rechtliche Veranstaltungen bei Nicht-Jurist/innen traditionell unbeliebt und die traditionell vorherrschenden monologartigen Kommentierungen einzelner Rechtstexte auch nicht weiterführend.

Um den Geographie-Studierenden der Universität Bern (Schweiz) ein anwendungsorientiertes Verständnis der Nachhaltigkeit im Kontext des Planungsrechts zu vermitteln, wurde dazu im Herbstsemester 2019 eine FNE-Lehrveranstaltung entwickelt und durchgeführt. Die Veranstaltung ist dabei explizit problemorientiert und interdisziplinär aufgebaut. Als Lehr-/Lernmethode wurde dazu eine fallbasierte Forschungswerkstatt ausgewählt (Hengstermann/Suter 2021), d.h. dass das intendierte Veranstaltungsergebnis präzise festgelegt ist, der Arbeitsprozess jedoch nicht durch die Dozierenden vorstrukturiert wird (Scholkmann 2016).

17 Studierende wurden vor die Herausforderung gestellt, die baurechtliche Grundordnung (Baureglement und Zonenplan) der Stadt Thun so umzuschreiben, dass eine nachhaltigere Raumentwicklung erreicht wird. Die dazu notwendigen Erarbeitungsschritte mussten selbstständig organisiert und erarbeitet werden.

Um dem Anspruch des anwendungsorientierten Verständnisses der Nachhaltigkeit gerecht zu werden, wurde als Endprodukt kein allgemeines planerisches Strategiepapier, sondern ein konkreter baurechtlicher Gesetzesentwurf gefordert. Es mussten daher nicht nur nachhaltige Lösungen entwickelt, sondern diese auch in eine Rechtslogik übertragen und mit einem entsprechenden Regelwerk kodiert werden.

Die Aufgabe war von besonderer Herausforderung, da Wissen und Kompetenzen verschiedener geographischer Subdisziplinen (wie bspw. Naturgefahrenmanagement) mit teils widersprüchlichen politischen Forderungen (bspw. bezahlbarer Wohnraum bei gleichzeitiger Reduktion der Flächeninanspruchnahme) verknüpft und innerhalb der gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden mussten. Der Fokus auf ein konkretes Endprodukt (in Form eines Baureglements und eines Zonenplanes) zwang zur Befreiung von akademischen Scheindiskussionen und zur Besinnung auf effektiv planungsrechtlich beeinflussbare Aspekte der Nachhaltigkeit.

Die Aufgabe war dabei keinesfalls fiktiv. Durch die Teilrevision des schweizerischen Raumplanungsgesetzes im Jahr 2014 und der darin verankerten verschärften Mindestanforderungen (bspw. bzgl. Neueinzonungen) und neuen Planungsinstrumente (bspw. Bauverpflichtung) stehen derzeit alle Schweizer Gemeinden vor der Herausforderung, ihre kommunalen Reglemente innerhalb bestimmter Fristen anzupassen. Zum Zeitpunkt der Durchführung der Forschungswerkstatt befand sich die Stadt Thun genau in diesem Prozess und hat ein privates Planungsbüro mit der konkreten Umsetzung beauftragt. Büro und Studierende entwickelten parallel ihre jeweiligen Entwürfe, die gegen Ende des Semesters sogar direkt miteinander verglichen werden konnten.

Zur Unterstützung der Studierenden konnten dank der FNE-Förderung neben zwei Dozierenden der Forschungsgruppe drei externe Beratungspersonen gewonnen werden: eine Mitarbeiterin aus dem zuständigen Stadtplanungsamt, eine Mitarbeiterin eines auf Ortsplanungsrevisionen spezialisierten Planungsbüros sowie ein Vertreter einer verbandsbeschwerdeberechtigten Naturschutzorganisation. Durch die externe Perspektive sollten inspirierende Inputs eingebracht und kritische Reflexionen angeregt werden.

Die Studierenden haben die Aufgabe als interessante, praxisnahe und aktuelle Herausforderung angenommen und mit viel Engagement und intensiven Diskussionen angegangen. Die Komplexität der Aufgabe erfassten die Studierenden dabei recht schnell und bildeten verschiedene Arbeitsgruppen, die sich entweder mit verschiedenen fachlichen Unterfragen (bspw. Wohnungspolitik, Wirtschaftsförderung, Zentrenstruktur, Grünflächen und Verkehrsmanagement) oder technischen Anforderungen (Rechtsetzungslehre und Kartographie) befassten. Sie konnten dabei die jeweiligen Vorkenntnisse und Vorlieben produktiv einsetzen - insbesondere von den verschiedenen Kompetenzen aus den Nebenfächern (Nachhaltige Entwicklung, Biologie, Soziologie, Archäologie Politik- und Rechtswissenschaften). Die Gesamtprojektleitung und auch die Vorbereitung und Moderation der einzelnen Sitzungen verblieben dabei stets bei den Studierenden selber. Die Dozierenden unterstützen die jeweiligen Prozesse und Diskussionen lediglich – ohne jedoch eine verantwortliche Rolle einzunehmen.

Stark profitiert hat die Gruppe auch vom allgemeinen Austausch und von den konkreten Inputs der externen Beratungspersonen. Dank ausgeklügelter Methoden (World Café, Expert/innen-Karussell) wurde die begrenzte Zeit mit den Expert/innen effektiv genutzt. Die Beratungspersonen leisteten dank ihrer sehr guten Ortskenntnisse, zahlreichen Hinweisen zu aktuellen und vergangenen politischen Debatten und einer vertieften Auseinandersetzung mit rechtlichen Fragestellungen wichtige Beiträge für den Erfolg der Lehrveranstaltung.

Der von den Studierenden erarbeitete Entwurf zeigt, dass die akademische Freiheit der Lehre dazu führte, dass innovativere und teilweise waghalsigere Lösungen für eine nachhaltige Raumentwicklung als beim «realen» Entwurf des von der Stadt beauftragten Planungsbüros gefunden werden konnten. Wenngleich einige der studentischen Vorschläge hinsichtlich der politischen Umsetzbarkeit sicherlich kritisch zu betrachten sind, ist aber bemerkenswert, dass die Studierenden grundsätzlich praxistaugliche Vorschläge entwickelten. Die Endprodukte zeugen von einer vertieften Auseinandersetzung mit der Nachhaltigkeit, die mit dem klassischen Format einer Vorlesung so niemals hätte erreicht werden können.

Als fachliche Rückmeldung und als Wertschätzung ihrer Arbeit erhielten die Studierenden ausführliche, schriftliche Stellungnahmen – sowohl aus wissenschaftlicher Perspektive durch die beiden Dozierenden als auch aus planungspraktischer Perspektive durch die drei Praxispartner – wobei sich die Stellungnahmen deutlich unterschieden, einzelne Vorschläge unterschiedlich gewichtet wurden und sich teilweise widersprachen – was jedoch als realistischer Mehrwert der Lehrveranstaltung und als eine Vorbereitung auf die spätere berufliche Praxis anzusehen ist.